



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Frau Anke Simon, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/1018
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

13. Dez. 2021

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Birsan Alan
birsan.alan@mffki.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-4183
06131 1617

Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 02. Dezember 2021

TOP 8 „Achter Bericht über die Tätigkeit der Härtefallkommission des Landes Rheinland-Pfalz“, Antrag nach § 76 Abs. 4 der vorläufigen GOLT - zu Vorlage 18/798 -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 8 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Mit dem vorliegenden Doppeltätigkeitsbericht für die Jahre 2019 und 2020 unterrichtet die Geschäftsstelle nun zum achten Mal über die Arbeit der rheinland-pfälzischen Härtefallkommission (HFK). Der erste Teil des Tätigkeitsberichts enthält allgemeine Informationen während sich im zweiten Teil die statistischen Angaben anschließen. Der dritte Teil beinhaltet die Hauptgründe für die Anrufung der Härtefallkommission.



Näher eingehen möchte ich zunächst auf die in Teil II des Berichts enthaltenen statistischen Angaben.

Zu den Anträgen an die HFK: Im Berichtszeitraum 2019/2020 stellten die Mitglieder der Kommission 300 Anträge, von denen 116 Anträge unzulässig waren oder sich anders erledigt haben. Somit verblieben aus den Jahren 2019/2020 für die Kommissionsberatung 184 Anträge, von denen 489 Personen aus insgesamt 23 Nationen betroffen waren. Russische, aserbaidische, kosovarische, ägyptische und armenische Staatsangehörige stellten dabei den größten Anteil.

Zu den Sitzungen und Entscheidungen der HFK: 2019/2020 wurden in insgesamt 22 Sitzungen insgesamt 156 Anträge für 421 Personen beraten und entschieden, wobei davon 26 Anträge noch aus dem Jahr 2018 stammten. In 139 Fällen führte die Beratung zu einem Härtefallersuchen mit anschließendem Aufenthaltsrecht, begünstigt waren insgesamt 388 Personen. 15 Anträge wurden abgelehnt, zwei Fälle wurden in das Jahr 2021 verlagert.

Die Sitzungen erfolgten in 2020 übrigens anfangs noch in hybrider Form und danach ausschließlich über Video- und Telefonkonferenz. So konnte die Kommission trotz Pandemie die Anträge weiterbearbeiten, damit die Betroffenen Klarheit über ihren weiteren Aufenthalt in Deutschland erhielten.

Die Hauptgründe für die Anrufung der Härtefallkommission und die Ersuchen an das Integrationsministerium waren neben den Erfolgen bei der Integration der Betroffenen, Erkrankungen (insbesondere psychische Erkrankungen/ Traumatisierungen), oft in Kumulation einer fehlenden Existenzgrundlage oder auch evident mangelhafter medizinischer Versorgung im Heimatland.

Die überwiegenden Gründe für die 15 negativen Entscheidungen waren



- keine ausreichenden, sich von vergleichbaren Fällen abhebenden substanziellen humanitären und persönlichen Gründe,
- mangelnde Integration oder
- das selbstverursachte Vorliegen von Ausreisehindernissen, z.B. durch Täuschung über die Identität.

Die Gründe für die Zurückstellung von zwei Fällen waren die Einholung von weiteren Unterlagen für die Erkenntnisfindung und Entscheidung der Härtefallkommission.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz